

Dem Gedenken der Toten Die Feierlichkeiten in Dresden

In sämtlichen Orten gedachten die Volksgenossen am Totensonntag der Gefallenen im Weltkrieg und der Opfer, die für die Erhebung Deutschlands ihr Leben dahingaben. Eine eindrucksvolle Gedenkfeier veranstaltete die Kreisleitung Dresden und die NS-Kriegsopferversorgung in der Staatsoper in Dresden. Auf dem Platz vor der Oper hatten Abordnungen des Reichsheeres, der Polizei und sämtlicher Gliederungen der NSDAP, der Wehrverbände und der Studentenschaft mit ihren Fahnen Aufstellung genommen. Der weite Platz war von Tausenden von Volksgenossen umfüllt.

Die Bühne des Opernhauses war in eine Ehrenhalle umgewandelt: in der Mitte stand ein mächtiger schwarzer Block, gekrönt von einem riesigen Goldkranz. Vor dem Block lag ein Eichenkranz der NSDAP, der nach der Feier am Ehrenmal auf dem Garnisonfriedhof niedergelegt wurde. Ueber das Mal auf der Bühne neigten sich die Traditionsfahnen der alten sächsischen Armee als Huldigung für die gefallenen Söhne der sächsischen Heimat.

An der Feier nahm die gesamte sächsische Regierung teil. Reichsstatthalter und Gauleiter Buschmann war an der Teilnahme verhindert. In seiner Gedächtnisansprache feierte Landesbischof Koch den Heldentod der Gefallenen des

Weltkrieges und der Kämpfer der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, die ihr Leben für die Freiheit und die Ehre Deutschlands ließen. Ihr Opfertod ermahne uns, nie zu vergessen, daß das Leben nur dann einen Sinn habe, wenn es immer wieder eingelegt werde. Jederzeit gelte es, treu zu sein bis zum letzten Atemzug; denn nur der werde die Krone des Lebens erhalten, der die Treue hält bis in den Tod.

Das Lied vom guten Kameraden und das Chorlied „Wenn ich einmal soll scheiden...“, die gemeinsamen nationalen Weihelieder und das Saartreulied bildeten den Abschluß der Gedächtnisfeier.

Im Zirkus Sarrdani hielt der NSDAP eine Heldengedenkstunde ab. Landesführer Hauße gedachte der zwei Millionen Kameraden, die auf dem Feld der Ehre blieben, und ließ noch einmal die Namen anstiften, die mit deutschem Heldentum und Opfergeist auf ewig verbunden sein werden. Er schloß: Wir hüten das hohe Vermächtnis unserer toten Kameraden der Erde, des Wassers und der Luft. Die Ehrung, die wir ihnen darbringen, sei unser Gebühre zu der Idee deutschen Soldatentums, Kämpfer zu sein! — Mit dem Gelang des Lutherliedes und dem Ausmarsch der Fahnen war die Feier beendet.

Kurze Notizen

Der Danziger Volkstag ist für Mittwoch, den 28. November, zu einer Volksversammlung einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des neuen Prääsidenten des Senats sowie weitere Wahlen von Senatoren.

In Basel starb im Alter von 68 Jahren der berühmte deutsche Michelangelo-Forscher und Kunstgeschichtswissenschaftler Dr. Ernst Steinmann. Der Verstorbene war Direktor der Bibliotheca Herziana in Rom, einem Institut der Kaiserin-Wilhelms-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Der Wirtschaftsausschuß der rumänischen Regierung hat beschlossen, sämtliche Handelsverträge zu kündigen und Verhandlungen über neue Verträge einzuleiten, deren Grundlage die Zustimmung bilden soll, daß Einfuhr nur bis zur Höhe von 10 v. H. vorheriger Ausfuhr gestattet ist.

Im Mittelvolgagelbiet im Stahlgang wurden zwei Kommunisten ermordet aufgefunden. Diese Kommunisten haben sich an dem Wahlschlag beteiligt und sollen sich besonders hervorgetan haben bei der Richtzulassung von verschiedenen mobilhabenden Bauern. Die OGBL hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Eine Abordnung französischer Industrie- und Wirtschaftsexperten wird demnächst eine Studienreise nach Randschuh ausgenommen. Zweck dieser Reise soll das Studium der Aufnahmefähigkeit des dortigen Marktes für französische Erzeugnisse sein. Die französische Intialtoe ist darauf zurückzuführen, daß erst kürzlich eine englische Abordnung aus den gleichen Gründen das Gebiet bereist hat.

Das Problem der Preisbindungen

So alt wie die Menschheit selber ist der Kampf zwischen zwei Prinzipien; dem der Freiheit und dem der Sicherheit. Immer wieder ist die Freiheit preisgegeben oder doch eingeschränkt worden, um ein Mindestmaß an Sicherheit zu erlangen, und immer wieder ist die Sehnsucht nach Freiheit erwacht und hat das Sicherheitsbedürfnis überrannt.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, also ein behördliches Organ zur staatlichen Beeinflussung der Wirtschaft, läuft gegen Selbstbeschränkung der Freiheit durch Glieder der Privatwirtschaft Sturm. Er verfügt, daß Preisbindungen nur dann gültig sein sollen, wenn sie vom Reichskommissar ausdrücklich gutgeheißen worden sind. Er hat aber hinzugefügt, daß es viele Bindungen, die für landwirtschaftliche und industrielle Produktion vorgenommen sind, fortbestehen lassen will. Er hat damit Wirtschaftsgruppen herausgehoben, bei denen naturgegebene und unabänderliche Bedingungen eine hervorragende Rolle spielen. Die „Bewertung der Gaben und Fähigkeiten des Menschen“, für die Dr. Goerdeler sich einsetzt, und die den Weg zur Erzielung von Ersparnissen in der Produktion frei machen soll, spielt auf manchen Gebieten keine erhebliche Rolle.

Viele Menschen der praktischen Wirtschaft, die für sich und die Branchengenossen das Recht der Preisbindungen und anderer Selbstbeschränkungen im Rahmen der Freiheit in Anspruch nehmen, gebärden sich als die Gralshüter der wirtschaftlichen Freiheit, wenn der Staat wirtschaftspolitische Vorschriften erläßt. Es besteht kein grundsätzlicher Unterschied zwischen freiwilligen Abmachungen, die den einzelnen Unternehmer einschränken, und behördlichen Anweisungen, die auf das gleiche hinauslaufen. Der Widerstand entzündet sich ja eigentlich nicht an der Einschränkung der Freiheit, sondern an der Einschränkung der Verdienstmöglichkeit. Private Selbstbeschränkungen bezwecken ganz überwiegend die Erhöhung der Gewinnquote, behördliche Beschränkungen dagegen die Senkung der Gewinnquote im Interesse anderer Wirtschaftsgruppen oder der Verbraucherschaft, also der Allgemeinheit.

Die Erklärung Dr. Goerdelers vom 22. November hat die Entwicklung der Nachkriegszeit dahin gekennzeichnet, daß „vielfach Methoden und Formen des Wettbewerbes entwickelt worden sind, die mit Berufshere und geschäftlichem Anstand unvereinbar sind“. Da die billigsten Preise den Markt bestimmen, können Persönlichkeiten, die ihre Preise ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen ihres Unternehmens zum Schaden der Geldgeber und zum Verderben der Branchengenossen festlegen, den Kampfplatz verschieben. Sie können ihn von Qualität und Preiswürdigkeit fort — und nach der absoluten Billigkeit hin verlegen. Sie können auf den längeren Atem vertrauen, den sie selber haben, und der es ihnen ermöglichen wird, die Konkurrenten zu überleben und schließlich allein auf dem Plan zu bleiben. Allen Schleuderpreisen hat der Reichskommissar für Preisüberwachung eine scharfe Abgabe erteilt. Die Förderung solcher Preissehenswürdigkeit würde einen anormal niedrigen Preis in der Gegenwart mit einem ungerechtfertigt hohen Preis in der Zukunft allzu teuer erkaufen.

Es ist also notwendig, daß unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls behördliche und private Stellen hand in hand arbeiten. Das wird z. B. durch das Rundschreiben bezweckt, das der Führer der Wirtschaft an die Wirtschaftsgruppen im Sinne einer Forderung der Preisartikelle gerichtet hat. Er fordert die Wirtschaft selbst zur Mitarbeit auf, „um alle Arten von Experimenten zu vermeiden“. Es kommt ihm darauf an, bestimmte und zutreffende Angaben zu erhalten über überstürzte Kartellbindungen, bei denen die natürlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen nicht vorliegen, außerordentliche Unterschiede in dem Beschäftigungsgrad und in der Kostengestaltung der Mitglieder kartellmäßiger Bindungen, außergewöhnliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und ähnliche Hemmungen- oder Erstarungserscheinungen infolge der angewandten Kartellmittel, über Kartellbindungen, die lediglich auf dem Papier stehen und vorwiegend nicht innegehalten werden können, über solche, die exporthemmend wirken, über kartellmäßige Bindungen, die seit Anfang 1933 bereits aufgelöst und gelockert worden sind und über erhebliche

Preissteigerungen seit Anfang 1933 und zwar nicht Preissteigerungen im Einzelfall sondern im Durchschnitt des regelten Preises und ähnliche Vorgänge. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß sich die beachtlichsten Ueberprüfungen nicht lediglich auf derartige Bindungen der Industrie beschränken sondern auch auf die anderen Wirtschaftszweige, wie Groß- und Einzelhandel, Handwerk, Versicherungen, Verkehr usw. erstrecken.

Zu diesem Fragentkomplex gehört auch die Frage der Zinshöhe. Von verantwortlicher Seite ist es entschieden abgelehnt worden, hier einen behördlichen Druck auszuüben. Das könnte nur geschehen, wenn die Zinssätze für frühere öffentliche Anleihen herabgesetzt und der Beweis geliefert würde, daß auch bei niedrigerer Verzinsung der Parikurs gehalten werden könnte. Aber es wird schwer eine Stelle zu finden sein, die in der Lage wäre, so gewaltige Beträge aufzuwenden, um für die vier- oder fünfprozentigen Papiere den Parikurs zu verbürgen. Ein niedrigerer Zinssatz muß

reisen wie eine köstliche Frucht. Dr. Schacht hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er eine gewaltsame behördliche Zinssenkung nicht mitmachen wird, und daß er die unbedingte Kompromißlosigkeit auf diesem Gebiet für schädlich und erforderlich hält, um jedem boshaften Gerücht das Wasser abzugraben. Bei dem Vertrauen, das Dr. Schacht beim Führer genießt, wird man annehmen müssen, daß Dr. Schacht auch in der Zinsfrage eine Haltung einnimmt, die ausdrücklich von Hitler gebilligt wird. Deshalb hat sich auch Dr. Schacht entschieden gegen Parolen wie „Autarkie“ und „Bredung der Zinsobermacht“ gewandt, weil sie nicht zeitgemäß sind und ihre Forcierung nur zu schweren Erschütterungen unserer wirtschaftlichen Entwicklung führen müßte.

Insgesamt darf erwartet werden, daß die behördlichen Eingriffe in die Preisbildung so sparsam wie möglich erfolgen. Der neue Staat fordert von seinen Bürgern eine neue Wirtschaftsmoral. Sie kann unter keinen Umständen entbehrt werden. Sie muß sich aber auch bewähren können. Der Instanzenweg, der dem einzelnen vorschreibt, von seiner Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen, ist: 1. Das eigene Gewissen, 2. die Kontrolle der Standes- und Berufsgenossen und 3. Aufsichtsorgane des Staates. Es liegt im Wesen einer „höchsten Instanz“, daß sie nur ausnahmsweise bemüht wird.

Saar-Lagung erneut verschoben

Beginn des Völkerbundestages nicht vor 3. Dezember. Genf, 24. November.

Aus Kreisen des Völkerbundesekretariats wird mitgeteilt, daß man nach den letzten Nachrichten aus Rom mit dem Zusammenritt des Völkerbundestages zur Besprechung der Saarlagen nicht mehr vor dem 3. Dezember rechnet.

Diese Wendung kommt überraschend, da allgemein Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche als feststehender Zeitpunkt angesehen wurde. In den internationalen Kreisen Genfs glaubt man, aus dieser Verschiebung der Ratstagung schließen zu können, daß die Absicht bestehe, in Rom zu einem vollständigen Ergebnis zu kommen und alle wesentlichen Punkte klären zu können. Gleichzeitig hat man aber auch den Eindruck, daß doch noch eine Reihe schwieriger Einzelfragen zu lösen



Danzigs Senatspräsident zurückgetreten. Der seit längerer Zeit krankende Danziger Senatspräsident Dr. Kauchning hat seinen Rücktritt erklärt.

Deutschland und Frankreich Der Besuch französischer Frontkämpfer beim Führer

Die französische Presse beschäftigt sich eingehend mit der Unterredung, die der Führer und Reichkanzler vor einiger Zeit dem Führer der französischen Nationalen Vereinigung ehemalige Frontkämpfer, Gen. gewährt hat, wobei die französischen Zeitungen sich zum Teil in gestimmten Mißdeutungen ergeben. Zur Klarstellung und objektiven Würdigung der Ausführungen des Führers über die deutsch-französischen Beziehungen sei festgestellt, daß der Führer nach den Mitteilungen des Herrn Gen u. a. folgendes erklärt hat:

„Zwischen unseren beiden Völkern darf es keine Mißverständnisse geben. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen vom Saarproblem aus. Die französische Presse schiebt die Annahme aufkommen zu lassen, daß wir Deutschen einen Rutsch vorbereitet.“

Es ist reine Torheit, zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefragung zu stören unden will. Ich erkläre formell, daß wir uns vor dem Ergebnis der Volksabstimmung, gleichviel wie sie ausfällt, beugen werden. Ich hatte übrigens dem französischen Außenminister vor einigen Monaten vorgeschlagen, ein Protokoll zur Regelung aller eventuellen Schwierigkeiten auszuarbeiten. Aber ich habe keine Antwort bekommen.“

Als das Gespräch dann auf die Verträge übergegangen habe, habe der Führer lebhaft von den moralischen Ehrenforderungen des deutschen Volkes gesprochen und hinzugefügt: „Es kann von einer Verletzung eines Grenzpfahles nicht

die Rede sein. Sie kennen meine Auffassung hinsichtlich Elsaß-Lothringens.“

Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle zwanzig oder dreißig Jahre Krieg zu führen, um Provozen wiederzunehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursachen, wenn sie französisch wären, und Deutschland, wenn sie deutsch wären. Hier denkt das heilige Deutschland nicht so wie das frühere Deutschland. Wir denken nicht an zu erobernde Quadratkilometer von Gebiet. Wir haben die Sicherung des Lebens unseres Volkes im Auge.

Worauf es jetzt ankommt, ist zu arbeiten, um eine neue soziale Ordnung herzustellen. Man wird andeuten können, ich warte nur Zeit zu gewinnen, um meine Vorbereitungen zu vollenden. Darauf antworte ich, daß mein Arbeitsplan derartig ist, daß der Mann, der das Ziel erreicht können, das ich mir gesteckt habe, von der Dankbarkeit seines Volkes ein viel größeres Denkmal verdienen wird als dasjenige, das ein ruhmreicher Führer nach zahlreichen Siegen verdienen konnte.

Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen, so wird eine große Anzahl von Nachbarn einen Seufzer der Erleichterung ausstoßen, und ein Abdruck würde verschwinden. Es würde sich eine sofortige Entspannung ergeben, eine Besserung der Wirtschaftsbeziehungen aller Länder Europas. Von unseren beiden Völkern hängt es ab, daß dieser Traum Wirklichkeit wird.“